



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 14.12.2015

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 20.10.2015, 16:18 Uhr bis 17:32 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	stellvertretend für Herrn Ott
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	stellvertretend für Frau Bercher-Hiss
Herr Mathias Wittmann		auf Vorschlag der Grünen
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	stellvertretend für Herrn Koberg
------------------------	-----------	----------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK	
Frau Katharina Reiff		Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Röttger- Schulz		auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Barbara Albat	SPD	
Herr Dietmar Donath		auf Vorschlag der SPD
Herr Marco Pagano	SPD	
Herr Matthias Pergande	FDP	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU	

Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	Dezernat II - Finanzen stellvertretend für Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Stephanie Brimmer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt- und Verbraucherschutzamt stellvertretend für Herrn Liebmann
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Guido Motter	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Konrad Peschen	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Anke Ludwig	Referentin - Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Gäste

Frau Dr. Barbara Möhlendick	Dezernat V, Koordinationsstelle Klimaschutz (zu TOP 3.1)
Frau Martina Saathoff	Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (zu TOP 4.2)
Frau Lena Zlonicky	Stadtplanungsamt (zu TOP 5.1 und 5.2)
Herr Karl-Heinz Merfeld	Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung (zu TOP 7.4)
Herr Holger Weiffen	Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (zu TOP 7.5)

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE
Herr Jochen Ott	SPD
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
---------------------	-----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov	
---------------------	--

Beratende Mitglieder

Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Frau Jennifer Mense	GRÜNE

Verwaltung

Herr Rainer Liebmann	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes
----------------------	---

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Welcker begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Insbesondere begrüßt sie die Stadtkämmerin Frau Klug, die heute wieder, wenn auch nur kurz, Beigeordnete Frau Reker vertrete. Frau Klug sei in ihren vielen Funktionen, die sie wahrnehme, nur vorübergehend in der Lage, an der heutigen Sitzung teilzunehmen, da sie gleich noch dem Wahlausschuss vorsitzen müsse.

Anschließend geht Frau Welcker auf die Geschehnisse des 17.10.2015 ein, der Tag, an dem die Beigeordnete und Oberbürgermeisterkandidatin Frau Henriette Reker während eines Wahlkampftermins auf einem Kölner Wochenmarkt bei einem politisch motivierten Attentat mit mutmaßlich fremdenfeindlichem Hintergrund schwer verletzt wurde.

Sie betont, alle, gleich, ob Ehrenamtliche vor Ort oder die Stadtverwaltung, seien aufgefordert, Zeichen zu setzen, dass es in der Kommunalpolitik sicherlich unterschiedliche Auffassungen gebe, aber niemals einen Dissens darüber, dass Kommunikation das wichtigste Mittel sei, um politische Ansichten umzusetzen. Alles andere sei indiskutabel!

Frau Welcker gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es gelinge, die Menschen zu überzeugen, dass Politik und Zusammenleben von Menschen nur so funktionieren könne und bekräftigt, dass politische Arbeit ein wichtiger Teil in dieser Stadt und den anderen Kommunen in Deutschland sei. Wichtig sei es, die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitzunehmen.

Im weiteren Verlauf macht Frau Welcker auf die Zu- und Absetzungen zur Tagesordnung beider Ausschüsse sowie auf die anwesenden Gäste¹ aufmerksam und bittet den Ausschuss Umwelt und Grün, Frau Saathoff und Herrn Weiffen von den StEB vor Eintritt in die Tagesordnung Rederecht einzuräumen.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün merkt sie an, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage zu TOP 4.1 (Schützenheim der St. Hubertus) zurückziehe, da die BV Porz über sie zwar heute, jedoch erst nach der Ausschusssitzung berate.

Abschließend kündigt Frau Welcker an, dass zur Beschlussvorlage zum Integrierten Handlungskonzept Starke Veedel – Starkes Köln ein Vortrag in der nächsten Sitzung geplant sei. Sie fragt die Mitglieder des Ausschusses Umwelt und Grün, ob diese den Vortrag hören wollen. Die Mitglieder begrüßen diesen Vortrag.

Stadtkämmerin Frau Klug rät ebenfalls zu diesem Vortrag, da er einige grundlegende Schritte der Verwaltung und auch neue Sachverhalte deutlich mache.

Der Ausschuss Umwelt und Grün räumt den Vertretern der StEB Rederecht ein, ist mit den vorgetragenen Vorschlägen und Bitten sowie der folgenden Tagesordnung einverstanden:

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der Niederschrift

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

1.1 Vogelschlag an Glasfassaden
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.12.2014
AN/1800/2014

1.1.1 Beantwortung der Anfrage
2668/2015

1.2 Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bei einem „nuklearen Katastrophenfall“ (INES-Stufe 7)
Anfrage der Fraktion die Linke vom 01.10.2015
AN/1480/2015

1.3 Ausbau der Freilauflächen für Hunde
Anfrage der Gruppe Piraten vom 05.10.2015
AN/1488/2015

1.3.1 Beantwortung der Anfrage
2992/2015

1.4 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.10.2015
AN/1514/2015

1.5 Einstellung und Verhaltensänderungen bei der Nutzung von "öffentlichem Grün"
Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.10.2015
AN/1524/2015

2 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

2.1 Seveso-2-Richtlinie und Stadtentwicklung
Antrag der FDP-Fraktion
AN/1082/2015

- 2.1.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2015 "Seveso-2-Richtlinie und Stadtentwicklung"
2988/2015

3 Kommunaler Klimaschutz

- 3.1 Sachstandsmitteilung Klimaschutz
2969/2015

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll
0280/2015
von der Verwaltung zurückgestellt in die nächste Sitzung
- 4.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
2917/2015

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 5.1 209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Erweiterung des RheinEnergieSportparks in Köln-Sülz
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
1997/2015
- 5.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz
2026/2015

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Statusbericht Rheinboulevard
- 7.2 Bericht zu der Veranstaltung "Tag des Gartens" im Rheinpark am 29.08.2015 und 30.08.2015
2627/2015
- 7.3 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln; vorübergehendes Aussetzen des Verfahrens
2547/2015

- 7.4 Stadt und Handwerkskammer unterzeichnen Mittelstandsinitiative
2947/2015
- 7.5 Gewässerunterhaltungsplan 2015/2016 für die Kölner Bäche - zusätzliche
Maßnahmen
2818/2015
- 7.6 Dritte Programmrunde ÖKOPROFIT in Köln - Unternehmen ziehen Zwischen-
bilanz
2922/2015
- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 8.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Zöllner im Ausschuss Um-
welt und Grün am 18.08.2015
Schäden an Büschen und Bäumen durch die Verlegung von Leitungen an der
Flüchtlingsnotaufnahmeeinrichtung Chorweiler
2883/2015

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Keine.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Vogelschlag an Glasfassaden

**Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.12.2014
AN/1800/2014**

1.1.1 Beantwortung der Anfrage 2668/2015

SE Herr Schallehn dankt für die detaillierte und fachkundige Stellungnahme.

Hinsichtlich der KVB-Wartehäuschen merkt er an, dass die neuen - ebenso wie die bisherigen Wartehäuschen - über transparente Elemente verfügten. Daher möchte er wissen, wie die Verwaltung hier weiter vorgehen will.

Herr Distelrath informiert darüber, dass die Verwaltung mit der KVB Gespräche über eine Nachrüstung führe. Auf Nachfrage von SE Frau Röttger-Schulz bestätigt er, dass diese Sichtbarmachung von Glaswänden auch den Menschen mit Sehbehinderung zugutekomme.

RM Herr Brust bemerkt, im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft sei eine Mitteilung zur Kenntnis gegeben worden, dass für eine Schule „Im Kamp“ die Auflage gemacht worden sei, entspiegelte Fenster zu verwenden.

In der aktuellen Stellungnahme der Verwaltung tauchten entspiegelte Fenster jedoch nicht auf, sondern nur günstigere Maßnahmen, wie z. B. aufklebbare Folien. Ihn interessiere, weshalb der Gebäudewirtschaft so teure Auflagen gemacht worden seien, wenn es auch günstigere Lösungen gebe.

Herr Distelrath berichtet, dass es sich um eine bestehende Schule mit umfangreichen Glasfenstern im oberen Bereich handle. Nach seinem Kenntnisstand müssten nur die besonders gefährlichen Fenster mit Folien beklebt werden. Austausch mit neuen entspiegelten Fenstern sei nicht der aktuelle Standard.

(Die Ausschusssitzung wird unterbrochen, da die 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker wegen eines privaten Notfalles dringend die Sitzung verlassen muss.

Da die 2. stellvertretende Vorsitzende, RM Frau Bercher-Hiss nicht anwesend ist, wird nach kurzer Diskussion RM Herr Brust einstimmig als stellvertretender Vorsitzender benannt.)

Auf weitere Nachfrage eines Ausschussmitgliedes bestätigt Herr Distelrath, dass die Problematik hinsichtlich des urheberrechtlichen Schutzes der neuen KVB-Wartehäuschen bekannt sei. Dies wolle die Verwaltung in den Gesprächen mit der KVB klären.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Distelrath und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bei einem „nuklearen Katastrophenfall“ (INES-Stufe 7)
Anfrage der Fraktion die Linke vom 01.10.2015
AN/1480/2015

Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

1.3 Ausbau der Freilaufflächen für Hunde
Anfrage der Gruppe Piraten vom 05.10.2015
AN/1488/2015

1.3.1 Beantwortung der Anfrage
2992/2015

RM Herr Dr. Unna möchte wissen, wie viel Hundesteuer pro Jahr vereinnahmt worden sei. Er widerspricht der Stellungnahme, dass Hunde jetzt generell an der Leine zu führen seien. Er sei sich der Problematik des Interessenkonfliktes hinsichtlich des Hundekots bewusst. Herr Dr. Unna plädiert für ein vernünftiges Angebot der Verwaltung an die Hundehalter, z. B. Mülleimer und ein paar Tüten bereit zu stellen, und für eine differenziertere Darstellung, was die Nichteinhaltung von Vorschriften anbelange.

Hinsichtlich der prozentualen Angabe der Freilaufflächen von 9,22 % bemerkt er, dass der Landestierschutzverband mindestens 10 % fordere. Zum letzten Absatz auf der 2. Seite, wo es um die Hundestrände in Naturschutzgebieten gehe, verweist er auf Hundebadestrände in Berlin. Ähnliches gelte auch für die Wasserflächen an Regattastrecken.

RM Herr Dr. Gutzeit pflichtet Herrn Dr. Unna bei, was die angemessenen Angebote für Hundehalter angehe. Bezüglich des Bußgeldes regt er an, die unterschiedlichen Verstöße zu kennzeichnen, um hinterher noch feststellen zu können, um welche Art Verstoß es sich gehandelt habe. Aus seiner Sicht habe sich das Verhalten der Hundehalter geändert. Man könne jedoch noch mehr unternehmen.

Herr Kaune nimmt nach weiteren Wortbeiträgen zu Hundestränden, artgerechter Hundehaltung und dem Vorschlag, Satzungen in Erholungsanlagen zu ändern, zu den unterschiedlichen Fragen und Kritikpunkten Stellung.

Er informiert darüber, dass die Einnahmen aus der Hundesteuer ca. 5,4 Mio. € bei etwa 35.000 in Köln angemeldeten Hunden betragen.

Laut Erhebung der Freilaufflächenanzahl liege die Stadt Köln mit 85 Freilaufflächen an 3. Stelle, was er als positiv bewerte, auch wenn die 10 % nicht erreicht werden.

Im Übrigen sei der Konflikt zwischen Hundebesitzern und Nichthundebesitzern bekannt. Die Verwaltung sei nicht in der Lage, es jedem recht zu machen, versuche jedoch einen guten Mittelweg zu finden. Im Gegensatz zu anderen Städten sei Köln hinsichtlich der Hundefreilaufflächen relativ früh aktiv geworden. Man habe aber nicht vor, noch weitere Grünflächen speziell in die Hundefreilaufflächen zu überführen.

Zum Fühlinger See erklärt er, dass man die Anregungen gerne an die Sportverwaltung weitergebe.

Hinsichtlich der Hundekottütenspender bemerkt Herr Kaune, dass die Stadt in den letzten Jahren viele gute Angebote umgesetzt habe. Als Beispiel nennt Herr Kaune die vorbildlichen Angebote der Grünstiftung im Stadtwald oder auch die Hundekottütenspender der AWB.

Abschließend appelliert Herr Kaune an die Verantwortung der Hundebesitzer, diese Angebote der Stadt als Unterstützung zu verstehen und eigenverantwortlich zu handeln, auch wenn sich keine Hundekottütenspender in unmittelbarer Nähe befinden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.10.2015
AN/1514/2015**

Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.5 Einstellung und Verhaltensänderungen bei der Nutzung von "öffentlichem Grün"
Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.10.2015
AN/1524/2015**

Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Seveso-2-Richtlinie und Stadtentwicklung
Antrag der FDP-Fraktion
AN/1082/2015**

**2.1.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2015 "Seveso-2-Richtlinie und Stadtentwicklung"
2988/2015**

SE Herr Wieneritsch bittet, den Antrag und die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung wegen Beratungsbedarf der FDP-Fraktion in die nächste Ausschusssitzung zurückzustellen.

Der Antrag und die Stellungnahme werden zurückgestellt in die nächste Sitzung am 24.11.2015.

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Sachstandsmitteilung Klimaschutz 2969/2015

Frau Dr. Möhlendick führt zusätzlich zur Mitteilung hinsichtlich des EU-Projektes Grow Smarter aus, dass man von sehr kostenintensiven passiven Maßnahmen habe Abstand nehmen müssen.

Als Beispiel nennt sie eine Teilsanierung auf den Gebäuden der Stegerwaldsiedlung, da dort zum Teil eine 6 cm starke Dämmung bereits vorhanden und eine zusätzliche Dämmung zu teuer sei. Dies bringe eine immense Kosteneinsparung von mehreren Millionen mit sich und komme auch den Mietern zugute.

RM Herr Brust fragt, warum nicht eine Siedlung gewählt worden sei, deren Häuser keine Dämmung haben. Seine weitere Frage, ob auch die Stegerwaldsiedlung an die von der RheinEnergie geplante Fernwärme angeschlossen werde, wird von Frau Dr. Möhlendick bestätigt.

Die Stegerwaldsiedlung habe man ausgesucht, weil ein Großteil der Gebäude noch über keine Dämmung verfüge und die Dewog der Verwaltung vorgelegt habe, dass sie auch ohne EU-Fördermittel die von der EU gewünschten Effizienzgewinne erreiche.

SE Herr Donath verweist auf ein Objekt mit Brennstoffzellen in Köln-Holweide und fragt worauf der Verbrauch abziele.

Frau Dr. Möhlendick betont, dass es hier nicht um den Ersatz von Fernwärme gegangen sei, sondern dass in dem Objekt eine Renovierung bzw. Sanierung anstand, da sich dort vorher eine Gastherme befand. Die RheinEnergie und Vaillant hatten im Rahmen von SmartCity dazu aufgerufen, um 10 Haushalte zu unterstützen. Trotzdem sei der Preis, auch mit Förderung, im Vergleich zu einer normalen Gastherme höher.

SB Herr Wittmann spricht die Kampagne Eco-Driving an. Ihn interessiere, wie genau die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussehe, Kraftstoff zu sparen. Er merkt an, dass Klimaschutz am besten durch die Vermeidung von konventionellem Kraftstoff zu erreichen sei, z. B. indem der städtische Fuhrpark auf Erdgas oder E-Mobilität umgestellt werde. Er fragt hier nach dem Sachstand.

Frau Dr. Möhlendick informiert darüber, dass die KVB bei Tests mit Erdgas negative Erfahrungen gemacht habe. Sie berichtet, dass es jetzt den ersten E-Mobil-Gelenkbus gebe. Alle Busse auf E-Mobilität umzustellen, bedeute für die Stadtwerke allerdings eine gewaltige Investition.

Den Einsatz von E-PKWs habe man im Rahmen von Smart City Cologne mit allen E-Fahrzeug-Anbietern getestet. Beim Grünflächenamt seien die E-Fahrzeuge und die Kleinelektrogeräte gut angekommen und man prüfe, die Umstellung finanziell budgetär darzustellen. Derzeit seien E-Fahrzeuge fast doppelt so teuer.

In Stockholm habe man einen gemeinsamen Großauftrag für alle schwedischen Städte erteilt, sodass dadurch die Preise fast mit konventionellen Fahrzeugantrieben vergleichbar seien.

Die RheinEnergie habe mit den verschiedenen städtischen Beteiligungen und Betrieben einen umfangreichen Förderantrag für E-Fahrzeuge aufgesetzt.

Frau Dr. Möhlendick nimmt zu weiteren Fragen und Anregungen aus dem Kreis der Ausschussmitglieder Stellung.

Sie berichtet von der Absicht, nicht nur die städtische Flotte umzurüsten, sondern eine Vernetzung der Ladeinfrastruktur für private E-Kfz aufzubauen und die Erteilung von Baugenehmigungen zu erleichtern, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Unternehmen, die Smart-Technologien mit Klimaschutzaspekt anwenden, die von anderen Unternehmen nachgeahmt werden können, seien willkommen und könnten vom Lenkungsausschuss auf die Seiten von Smart Cities aufgenommen werden.

Abschließend räumt Frau Dr. Möhlendick ein, dass noch viel Nachholbedarf in Sachen Klimaschutz und insbesondere auch zum Stadtklima bestehe.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Dr. Möhlendick zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll 0280/2015

Die Vorlage wurde von der Verwaltung in die nächste Sitzung zurückgestellt.

4.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung 2917/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2016 (Anlage 2) zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

5.1 209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal

**Arbeitstitel: Erweiterung des RheinEnergieSportparks in Köln-Sülz
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung
der Öffentlichkeit
1997/2015**

zusammen mit

5.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

**Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz
2026/2015**

RM Frau Stahlhofen bittet, die Vorlage zurückzustellen, da Anfang 2016 ein neues Landschaftsgesetz in Kraft trete und der Beschluss, der auf dem alten Flächennutzungsplan basiere, dann Makulatur sei.

Frau Zlonicky erklärt, man stehe jetzt erst am Beginn des Verfahrens, so dass keine Befürchtung bestehen müsse. Sie erläutert kurz das gesamte Verfahren und schließt, dass erst der Feststellungsbeschluss und der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan für das Verfahren gelten. Sollten Gesetzesänderungen durchgeführt werden, müsse die Verwaltung auf diese eingehen, was kein Problem darstelle.

RM Frau Stahlhofen entgegnet, sie bleibe bei ihrem Antrag auf Rückstellung der beiden Vorlagen bis Anfang 2016, damit nicht hinterher wieder ein Verfahren mit Bürgerbeteiligungen neu aufgerollt werden müsse, um der neuen Gesetzesgrundlage Rechnung zu tragen.

RM Herr Brust schlägt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor, die Vorlagen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

SB Herr Becker betont, es sei wichtig, als Ausschuss Umwelt und Grün Position zu beziehen.

RM Frau Stahlhofen bittet, die noch ausstehende Antwort aus dem Sportausschuss in die weiteren Gremien weiterzuleiten.

Nach weiterer Diskussion über das Verfahren einigt sich der Ausschuss Umwelt und Grün darauf, die beiden Vorlagen ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz
2026/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

Es liegt kein Statusbericht vor.

7.2 Bericht zu der Veranstaltung "Tag des Gartens" im Rheinpark am 29.08.2015 und 30.08.2015
2627/2015

RM Herr Walter dankt der Verwaltung für die Mitteilung und erinnert an eine offene Frage, die das Vergabekonzept für derartige Flächen betreffe.

Herr Kaune informiert darüber, dass die Verwaltung an dem Nutzungskonzept für den Rheinpark arbeite. Er sagt zu, in einer der ersten Sitzungen des neuen Jahres dieses Konzept für den Rheinpark in den Ausschuss zur Beratung einzubringen.

RM Herr Becker merkt an, er erinnere sich, dass dies nicht nur für den Rheinpark, sondern auch für die Flora und andere öffentliche Grünflächen gelten sollte.

Herr Kaune räumt ein, dass man darüber im Zusammenhang mit dem 1. Konzept diskutieren könne. In Anbetracht der Vielzahl der Grünflächen sowie der Anträge, die beim Grünflächenamt eingereicht werden, handle es sich um ein komplexes Thema. Daher sei ein Konzept für alle Grünflächen so nicht machbar und man wolle flexibel bleiben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Anmerkungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

7.3 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln; vorübergehendes Aussetzen des Verfahrens
2547/2015

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Stadt und Handwerkskammer unterzeichnen Mittelstandsinitiative
2947/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.5 Gewässerunterhaltungsplan 2015/2016 für die Kölner Bäche - zusätzliche Maßnahmen
2818/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.6 Dritte Programmrunde ÖKOPROFIT in Köln - Unternehmen ziehen Zwischenbilanz
2922/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

**8.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Zöllner im Ausschuss Umwelt und Grün am 18.08.2015
Schäden an Büschen und Bäumen durch die Verlegung von Leitungen an der Flüchtlingsnotaufnahmeeinrichtung Chorweiler
2883/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

**9.1 Erinnerung an eine Anfrage von Herrn Schallehn
hier: Erdkröten am Kalscheurer Weiher / Zollstocker Weg**

RM Herr Becker erinnert an die mündliche Anfrage von SE Herrn Schallehn, in der es um die Erdkröten am Kalscheurer Weiher ging und fragt nach dem Sachstand der Beantwortung.

Frau Brammen-Petry führt aus, es gebe unterschiedliche Lösungswege bzw. verschiedene Varianten, über die sich die Verwaltung bereits Gedanken gemacht habe.

Eine Variante sei die Öffnung Zollstockweg – Eifeltor, um zur Kleingartenanlage zu kommen. Die andere sei eine neue Wegeverbindung entlang der Autobahn A 4.

Diese Varianten müssen innerhalb der Verwaltung noch genauer betrachtet werden.

Anschließend werde die Verwaltung das Ergebnis der Prüfung dem Ausschuss Umwelt und Grün vorstellen.

9.2 Standort für Flüchtlingsunterkünfte Rather Kirchweg / Pohlstadtsweg Anfrage von Frau Stahlhofen

RM Frau Stahlhofen spricht eine frühere Vorlage hinsichtlich der Kostenentwicklung für Flüchtlingsunterkünfte an. Man habe jetzt ein Gutachten zum Rather Kirchweg / Pohlstadtsweg erhalten, das besage, dass die Kosten entstanden seien, da das Gelände ausgekoffert werden musste. Inzwischen sei man über die Zink- und Bleifunde informiert. Sie berichtet darüber, dass sich dort einmal ein Munitionsdepot aus dem 2. Weltkrieg befunden habe und dass es anschließend als Feld genutzt worden sei.

Jetzt solle neben dem Flüchtlingsheim ein Kindergarten gebaut werden. Frau Stahlhofen möchte wissen, was mit dem Feld geschehe, da es in der Form nicht mehr als Feld genutzt werden könne.

Frau Brammen-Petry antwortet, man habe bislang von dem Munitionsdepot aus dem 2. Weltkrieg noch keine Informationen gehabt. Als der Standort für eine Flüchtlingsunterkunft diskutiert worden sei, habe man Hinweise auf Bodenbelastungen erhalten und die gesamte Fläche rundum großflächig untersucht.

Der Flüchtlingsstandort und die Verlängerung eines Teilbereiches auch eines landwirtschaftlich genutzten Feldes seien betroffen gewesen. Die landwirtschaftliche Nutzung musste insofern aufgegeben werden.

Da es eine ähnliche Anfrage in der BV Kalk gegeben habe, bietet Frau Brammen-Petry an, die Beantwortung und das Bodengutachten auch dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Äußerungen von Frau Brammen-Petry zur Kenntnis und nimmt ihr Angebot an.

9.3 Unterbringung von Fund- und sichergestellten Tieren Anfrage von RM Herrn Dr. Unna

RM Herr Dr. Unna spricht die Pflichtaufgabe der Stadt Köln zur Unterbringung von Fundtieren und sichergestellten Tieren an. Hierzu verhandle die Stadt seit Anfang 2015 mit den beiden ortsansässigen Tierheimen.

Nach seinem Kenntnisstand haben beide Tierheime bzw. deren Trägervereine der Verwaltung umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung habe das Datenmaterial und auch die Situation vor Ort geprüft und den Tierschutzvereinen signalisiert, dass dem Ausschuss Umwelt und Grün eine Beschlussvorlage für September 2015 vorgelegt werde. Diese sei bislang nicht erfolgt.

Herr Dr. Unna bemerkt kritisch, dass erst auf Nachfrage der Vereine die Verwaltung erklärt habe, dass ein Wirtschaftsprüfer beauftragt worden sei. Er betont, beide Vereine nähmen eine Pflichtaufgabe für die Stadt wahr und fragt, wieso man einen Wirtschaftsprüfer beauftrage, ohne dies vorher mit den Vereinen zu kommunizieren.

Dann möchte Herr Dr. Unna wissen, weshalb die Verwaltung zunächst 6 Monate selbst geprüft habe, um anschließend einen Wirtschaftsprüfer damit zu beauftragen und wann eine belastbare Beschlussvorlage den Ausschuss Umwelt und Grün erreiche.

Herr Dr. Unna hebt hervor, dass mindestens einer der beiden Vereine auf sich selbst gestellt, finanziell nicht einem Bundesverband angeschlossen sei und sich finanziell in schwieriger Situation befinde.

Daher sei diese nicht kommunizierte Zeitverzögerung – nicht die Wirtschaftsprüfung an sich - für ihn schwer nachvollziehbar.

Frau Brammen-Petry informiert darüber, dass nach ihren Informationen die Einschaltung eines Wirtschaftsprüfers kommuniziert worden sei. Sie werde aber die Kritik an die entsprechende Stelle weitergeben.

Was den finanziellen Aspekt und die Tätigkeit der Tierheime angehe, sei ihr bekannt, dass - bis zur Entscheidung über diese Mittel - übergangsweise eine Art Vorschusszahlung geleistet worden sei.

Hinsichtlich der Dauer, bis eine Entscheidung getroffen werde, stellt Frau Brammen-Petry klar, dass bei Einschaltung eines Wirtschaftsprüfers die entsprechenden städtischen Vergaberichtlinien eingehalten werden müssen. Insofern werde spätestens Mitte 2016 eine Entscheidung angestrebt. Man könne aber gerne vorab einen Zwischenstand mitteilen.

9.4 Behauptung von Jean-Luc Mélenchon über die am stärksten belastete Stadt in Deutschland - Köln Anfrage von RM Herrn Dr. Gutzeit

RM Herr Dr. Gutzeit bemerkt, der französische Politiker und Vorsitzende des Parti de Gauche (Abkürzung: PG; deutsch: Linkspartei) Jean-Luc Mélenchon gehöre zu den schärfsten französischen Kritikern von Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel.

Ihn stimme jedoch nachdenklich, dass Mélenchon in einem Buch behaupte, die Deutschen meinten, in der Umweltpolitik immer vorne zu liegen, der Bereich in und um Köln sei jedoch der am stärksten belastete in ganz Deutschland. Dazu habe Mélenchon alle Schadstoffe aufgeführt.

Herr Dr. Gutzeit fragt, ob die Verwaltung das bestätigen könne bzw. was getan werden könne, um dem entgegen zu wirken. Es gehe hier nicht um eine rein politische Formulierung.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

9.5 Umweltbildungskonzept Anfrage von RM Herrn Brust

RM Herr Brust merkt an, dass die Politik schon seit über einem Jahr auf das Umweltbildungskonzept warte. Er habe jetzt von einem Spatzenprojekt mit Kindern gehört. Herr Brust regt an, dass die Umweltverwaltung dieses und ähnliche Projekte zur Biodiversität, die sie momentan im Rahmen der Umweltbildung betreibt, im Ausschuss vorstellt.

Herr Peschen erwidert, dass die Verwaltung dies gerne mache. Er schlage vor, dies in den größeren Kontext der Umweltbildung zu stellen. Es handle sich um viele schöne Einzelmodule. So werde am 23.10.2015 die Preisverleihung für das Spatzenprojekt stattfinden und es gebe außerdem das Schulgartenprojekt.

Wenn in den nächsten 2 Monaten das Umweltbildungskonzept innerhalb der Verwaltung abgestimmt sei, werde man auf den Ausschuss Umwelt und Grün zukommen und dieses präsentieren.

gez. Katharina Welcker
(1. stellv. Ausschussvors.)

gez. Gerhard Brust
(stellv. f. Fr. Welcker)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)